

Soziale Gerechtigkeit bei Wohnungsmodernisierung: Neue Förderansätze

Entdecken Sie die neuen Vorschläge von Öko-Institut und Deutschem Mieterbund zur sozial gerechten Förderung energetischer Sanierungen im Mietwohnungssektor. Der Artikel beleuchtet dringende Maßnahmen zur Unterstützung einkommensschwacher Haushalte und die Einhaltung der EU-Gebäuderichtlinie. Erfahren Sie, wie eine gerechte Transformation im Gebäudesektor erreicht werden kann.

Wärmewende im Mietwohnungssektor: Ein zentraler Aspekt für soziale Gerechtigkeit

In der Diskussion um die Wärmewende nimmt der Mietwohnungssektor eine bedeutende Rolle ein, insbesondere im Hinblick auf die Unterstützung von Haushalten mit niedrigem Einkommen. Eine aktuelle Studie des Öko-Instituts in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Mieterbund beleuchtet die Notwendigkeit, sozial gerechte Förderungen bei energetischen Sanierungen zu implementieren. Über die Hälfte der 21 Millionen Mieterhaushalte in Deutschland gehört zum untersten Einkommensdrittel, was die Dringlichkeit dieser Thematik unterstreicht.

Relevanz und notwendige Maßnahmen

Die soziale Gestaltung der Fördermaßnahmen ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch entscheidend für die

Akzeptanz von Klimaschutzmaßnahmen in der Bevölkerung. Laut Dr. Melanie Weber-Moritz, Bundesdirektorin des Deutschen Mieterbundes, ist die soziale Ausrichtung bei energetischen Sanierungen unerlässlich, um auch die Anliegen von einkommensschwachen Haushalten zu vertreten. Sie fordert eine Politik, die gezielt den sozialen Wohnungsbau unterstützt und gleichzeitig die Mieten unter einer festgelegten Obergrenze hält.

EU-Vorgaben und operative Empfehlungen

Im Kontext der EU-Gebäuderichtlinie, die bis zum 29. Mai 2026 in nationales Recht umgesetzt werden muss, wird von den Mitgliedstaaten gefordert, schutzbedürftige Haushalte in den Mittelpunkt der Transformation des Gebäudesektors zu stellen. Dies umfasst unter anderem finanzielle Anreize für Haushalte, die von Energiearmut betroffen sind, und die Förderung von Sozialwohnungen. Die Studie schlägt vor, einen zusätzlichen Förderbonus einzuführen, der an Bedingungen wie die langfristige Mietenbindung geknüpft ist.

Umsetzung der Vorschläge

Die Verantwortung für die Umsetzung dieser Vorschläge liegt nicht nur bei den zuständigen Ministerien, sondern auch bei den Vermietenden. Dr. Sibylle Braungardt vom Öko-Institut hebt hervor, dass die aktuellen Fördermittel oft den Haushalten mit höherem Einkommen zugutekommen und somit eine faire Transformation im Gebäudesektor erschwert wird. Die Studie bietet konkrete Maßnahmen an, die dazu beitragen sollen, einkommensschwache Mieterinnen und Mieter besonders zu fördern.

Fazit: Der Weg zu sozial gerechter Förderung

Die Förderung energetischer Sanierungen im

Mietwohnungssektor steht als Symbol für eine gerechtere Gesellschaft. Die vorgeschlagenen Maßnahmen für eine sozial gerechte Unterstützung könnten dazu beitragen, dass die bedeutsame Klimalösung auch die Schwächsten in der Gesellschaft nicht vergisst. Die Empfehlungen fordern ein Umdenken bei der Gestaltung von Förderpolitik im Gebäudesektor und zielen darauf ab, den Wandel in Einklang mit sozialen Gerechtigkeitsaspekten zu bringen.

- **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)